

Auszüge aus der Rede von Andrea Ypsilanti auf dem Landesparteitag Wiesbaden am 29. September 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Den Fortschritt wieder nach Hessen holen

„Moderner Fortschritt ist sozial und gerecht – sonst ist es keiner. Wir stehen für ein soziales und modernes Hessen.

Wir wollen den Fortschritt wieder nach Hessen holen. Einen Fortschritt, der nicht nur einseitig auf ökonomisches Wachstum setzt, sondern der die Menschen mitnimmt, sie nicht übergeht, sondern an diesem Fortschritt beteiligt. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen fühlen sich einem Fortschritt verpflichtet, der sozial ist, der kulturell und auch ökologisch ist. Das sind die Grundvoraussetzungen für eine soziale Moderne, das ist soziale Gerechtigkeit als Gesellschaftskonzept.

Dafür werden wir mutige Reformen brauchen. Aber ich will keine Reformen, die den Menschen Angst machen. Willy Brandt hat gesagt: Reformen müssen für die Mehrheit der Menschen zu besseren Lebensverhältnissen führen. Genau darum geht es mir. Um bessere Lebensverhältnisse für alle. Reform muss wieder ein positiver, ein zukunftsweisender Begriff werden.

Dafür wollen wir nicht nur einen Regierungswechsel. Wir wollen einen Politikwechsel.

Soziale und gerechte Bildungspolitik.

Wir haben in den vergangenen 8 Jahren der CDU-Regierung erleben müssen, was Roland Koch und Frau Wolff, in diesem zentralen Feld der Gesellschaftspolitik angerichtet haben. Sie haben wirklich ernst gemacht mit der sozialen Auslese, mit völlig übersteigertem Leistungsdruck, mit einer verkürzten Schulzeit, die Kinder und Eltern unter einen nicht tragbaren Druck gesetzt haben.

Nicht nur die Schüler, nicht nur die Lehrer, sondern auch viele Eltern, sind heute nicht nur maßlos enttäuscht, sondern erschüttert über diese gescheiterte Bildungspolitik.

Und als ob das nicht schon schlimm genug wäre, setzte vor einigen Monaten die Kultusministerin Karin Wolff noch einen drauf und will die biblische Schöpfungsgeschichte im Biologie-Unterricht behandeln lassen. Ein

Bundesland wie Hessen, mit einer großen natur- wie geisteswissenschaftlichen Tradition, kann es sich einfach nicht leisten, dass eine Kultusministerin den Rückfall ins Mittelalter zum offiziellen Lernprogramm erklärt.

Die Nerven in den Schulen liegen blank und die Schülerinnen und Schüler müssen dieses Desaster ausbaden. Ich sage nur Turbo-Abitur G8, Unterrichtsgarantie Plus und Schülerdatenbank. Bildungspolitik, ein solches Zukunftsthema, darf in Hessen nicht zum Experiment an den Schülern verkommen.

Wir setzen dagegen unser „**Haus der Bildung**“. Und dort steht am Eingang auf großen Buchstaben: „**Kein Kind wird zurückgelassen**“. So einfach und klar ist unser Leitsatz in der Bildungspolitik. Kein Kind wird zurückgelassen.

Jedes Kind, egal welcher Herkunft kann sich in hessischen Schulen aufgehoben fühlen. Jedes Kind wird individuell gefördert. Das System ist so durchlässig, dass jedem Kind möglichst lange der beste Abschluss offen gelassen wird. Wir wollen alle Talente aller Kinder entdecken und dann fördern. Gerade weil nicht jedes Kind gleich begabt ist, wollen wir Chancengleichheit.

Das ist sozial, das ist gerecht und das sind wir unseren Kindern und den Eltern schuldig. Das Haus der Bildung ist auch eine Konsequenz daraus, dass wir früher nicht alles richtig gemacht haben. Diesmal gilt: Wir machen das richtig und wir werden dafür das notwendige Geld in die Hand nehmen. Weil es sich dieses Land auch gar nicht mehr leisten kann, Bildung nicht zu finanzieren. Investitionen in die Bildung sind langfristig die beste Haushaltskonsolidierung.

Wir fangen mit der frühkindlichen Bildung an und wir verbessern den Übergang in die Grundschule. Die Kinder sollen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen. Und das sollen sie vor allem in echten Ganztagschulen mit einem pädagogischem Anspruch und Konzept.

Die CDU redet jetzt immer von „Zwangseinheitsschule“. Da können der CDU nicht helfen, wenn sie „Zwangsvorstellungen“ hat. Zwang und Einheit passen nicht zur einer aufgeklärten Bildung. Und deshalb sagen wir klipp und klar: Ja zu einer Vielfältigen Schule. Wir sagen Ja zur Vielfalt der Begabungen. Ja zu allen Talenten der Kinder. Vor allem sagen wir Ja zu einer Vielfalt der kleinen Persönlichkeiten.

Wir wollen ihnen die Zeit und den Raum geben, den sie für ihre Entwicklung brauchen. Das ist das Gegenteil von Zwang und Druck. Dafür versprechen wir echte Ganztagschulen, echte Lehrer, kleinere Klassen und weniger Schulstress. Aber vor allem individuelle Förderung. Bei uns steht das Kind im Mittelpunkt. Bei uns sollen Kinder nicht mit Sitzen bleiben bestraft werden. Und wir werden Eltern und Kinder mit der Abschaffung der verkürzten Gymnasialzeit entlasten.

Unser **Haus der Bildung** wird von unten her gebaut. Wir wissen, dass Schulgemeinden und Schulträger, Eltern und Lehrer dieses Angebot annehmen werden, die modernsten und zukunftsfähigsten Schulen in Deutschland zu bekommen. Eine grundlegende Reform des Schulsystems kann sich nicht auf

staatlichen Zwang gründen. Sie muss auf Zustimmung der Beteiligten aufbauen. Sie muss gewollt sein.

Wer von Bildung spricht, spricht von der Pisa-Studie und von Finnland, dem Bildungschampion. Auch wir in Hessen können vom erfolgreichsten europäischen Bildungsweg profitieren. Ich habe mit Rainer Domisch für mein Zukunftsteam Bildung einen Experten gewonnen mit internationalem Ruf. Er ist anerkannter Praktiker aus dem Land Nummer 1 in Sachen Bildung. Er kennt sich aus mit Bildung, er kennt sich aus mit Schule und mit Kindern. Aber er kennt sich nicht aus im Schulkampf. Das muss er auch nicht. Wir führen keinen Schulkampf.

Wir überzeugen die Eltern, die Lehrer und die Schulträger. Gemeinsam werden wir Hessen an die Spitze führen, denn er hat in Finnland schon gezeigt, wie es geht. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, Rainer, Herzlich Willkommen in Hessen.

Keine Studiengebühren und Ausbildungsprogramm für Altbewerber

Bildung muss frei sein. Ich werde als Ministerpräsidentin die unsozialen Studiengebühren in den ersten 100 Tagen wieder abschaffen und den freien Zugang zur Bildung sichern.

Herr Koch spielt neuerdings akademische und praktische Berufsausbildungen gegeneinander aus. Der Vorwurf, für die SPD zähle nur die akademische Ausbildung, ist infam. Das Problem ist, dass die CDU vielen Kindern höhere Abschlüsse vorenthält.

Sie vernichtet Bildungschancen, weil nicht genug Förderung und Durchlässigkeit gewährleistet werden. Sie folgt altem Standesdenken, in dem die früher so genannten „gebildeten Schichten“ schön unter sich bleiben sollen. Das ist soziale Ungerechtigkeit in der Praxis.

Auch hier hat die hessische CDU nichts dazu gelernt. Denn die aktuelle OECD Studie belegt, dass andere Wirtschaftsnationen 40 Prozent mehr Studenten ausbilden als im Jahre 1995. Bei uns sind es gerade mal 5 Prozent.

Wir brauchen Techniker, Ingenieure und wir haben nicht genug. Die Innovationsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit deutscher Unternehmen ist gefährdet. Wir liegen beim Anteil der Hochschulabsolventen weit hinter dem Durchschnitt auf Platz 24. Vor uns Tschechien und direkt hinter uns die Slowenen. Eine sozialdemokratische Landesregierung hat einen anderen Maßstab und der heißt: Hessen vorn.

Richtig ist auch, dass es zu viele Jugendliche ohne Ausbildung gibt. Auch das ist nicht hinnehmbar. Wir dürfen nicht verantworten, Jugendliche ohne Perspektive in ihre Zukunft zu entlassen. Ich will und da bin ich mit dem DGB

einig, die Überschüsse in der Bundesanstalt für Arbeit, für die Überbetriebliche Ausbildung der Kinder einsetzen. Wir brauchen ein Programm für die so genannten Altbewerber. Die Unternehmen wären bereit dazu. Es braucht an dieser Stelle auch einmal eine mutige Entscheidung in Berlin.

Für eine humane, soziale Gesellschaft

Wenn wir von Kindern reden, dann müssen wir die ganze Familie in den Blick nehmen. Ich will eine integrierte Bildungs- und Familienpolitik. Das habe ich in Rotenburg angekündigt, und so ist unser Regierungsprogramm.

Müttern und Vätern, die Beruf und Familie vereinbaren wollen und müssen, sollen im sozialdemokratisch regierten Hessen ohne schlechtes Gewissen ihre Kinder in den Kindergarten und in die Ganztagschule schicken können. Unsere Bildungs- und Familienpolitik ist Sozialpolitik.

Dazu gehört auch eine gesicherte Existenz. Wir werden für den Mindestlohn kämpfen. Ein Stundenlohn von 3 Euro 50 ist schlicht sittenwidrig. 6 Millionen Menschen sind in Deutschland Niedriglohnempfänger. 500.000 Vollzeitwerbstätige erhalten noch zusätzliche staatliche Leistungen. Das ist staatliche Subvention von Lohndumping.

Wer den ganzen Tag arbeitet und schuftet, muss davon leben können. Alles andere ist unanständig.

Dann spreche ich auch von Kinderarmut. Es darf nicht sein, dass in einem so reichen Land, Kinder vom Schulesen abgemeldet werden, keine gute Ausstattung für die Schule haben, nicht an Kultur teilhaben können. Hier muss Hartz IV nachgebessert werden. Eine Sozialdemokratin im Bundesrat wäre hier ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Und Familien werden älter. Aber ältere Menschen werden immer jünger – und ihr wisst wie ich das meine. Wir wollen und wir können auf sie nicht verzichten: Weder auf ihre Erfahrung, noch auf ihr Engagement. Wir wollen helfen und unterstützen, wo Landespolitik das leisten kann. Zum Beispiel bei den verschiedensten Mehrgenerationenprojekten die gewinnbringend für Alt und Jung sind.

Wir machen keine großen Kongresse kurz vor der Wahl, bei denen ältere Menschen aus dem ganzen Land anreisen, um uns zuzuhören. Wir werden nach den Wahlen die HGO dahingehend ändern, dass Seniorinnen und Senioren in Beiräten das Recht erhalten gehört zu werden, wenn sie es für richtig halten.

Und wenn die älteren Menschen dann Pflege brauchen, muss ihnen diese menschenwürdig zur Verfügung stehen. Ich werde hier in Hessen ein Pflegemodell einführen, das der Würde des Alters entspricht. Wir wollen die belohnen, die ihre Angehörigen aufopferungsvoll pflegen, wir wollen Heime

regelmäßig kontrollieren, und diejenigen fördern, die die geforderten Standards zu 100 Prozent erfüllen. Das ist bei vielen nicht der Fall.

Ich habe mit Pflegekräften gesprochen. Sie fühlen sich durch die seit Wochen dauernde Diskussion und Kritik verunglimpft. Ich kann das verstehen. Es darf eben nicht sein, dass gute Pflege bestraft und schlechte belohnt wird. Es verstößt aber gegen die Menschenwürde wenn man alten Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, vernachlässigt. Auch daran muss sich eine humane Gesellschaft messen lassen: am Umgang mit den Schwächsten.

Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie überwinden

Und wenn ich von einer humanen Gesellschaft spreche, dann meine ich auch: Die Zeit ist reif für eine ökologische Wirtschaftspolitik und eine soziale Umweltpolitik. Sie ist reif für die Überwindung des unsinnig gewordenen Gegensatzes Ökologie und Ökonomie und zwischen sozialen und wirtschaftlichen Zielen.

Die Hessische Landesregierung unter Führung der CDU hat nicht nur wirtschaftspolitisch den Weg in die Zukunft verpasst. Sie muss heute zur Kenntnis nehmen, dass eines der wirtschaftsstärksten Bundesländer ohne Not weit zurück gefallen ist.

Hätte vor 10 Jahren ein Ministerpräsident aus Rheinland-Pfalz behauptet, dass sein Bundesland in Wirtschafts- und Bildungsfragen vor dem Land von Georg August Zinn, Holger Börner und Hans Eichel stehen würde, hätte man ihn für verrückt erklärt.

Und heute ist das Realität und es zeigt: Es gibt sehr wohl in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen christdemokratischer und sozialdemokratischer Führung erhebliche Unterschiede.

Die hessische SPD bekennt sich zu einer neuen Sicht der Wirtschaft. Dazu gehört umweltverträgliches Wachstum. Unternehmen müssen Gewinne machen, aber auch Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen: Das heißt: gute Arbeit für alle und Gerechtigkeit in der Verteilung des erarbeiteten Reichtums.

Unser Programm zeigt einen ganzheitlichen Blick auf die Wirtschaft. Denn zur Wirtschaft gehören auch die Beschäftigten, die Betriebsräte und Gewerkschaften. Dazu gehören auch die öffentlichen Dienstleistungen, die Infrastruktur und die Umwelt, aus der die Ressourcen kommen.

Wirtschaften auch im Sinne des Allgemeinwohls muss alle umfassen. Es kann doch nicht sein, dass Manager und Bankvorstände Millionen Euro Abfindung kassieren, obwohl sie dem Unternehmen und den Beschäftigten stark geschadet haben. Sie stehen für nichts ein, sie tragen keine Verantwortung, sie gehen mit goldenem Handschlag.

Das sind sittenwidrige Verhältnisse. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit der Verpflichtung zum Allgemeinwohl zu tun, und mit Gerechtigkeit schon gar nicht.

Wirtschaftspolitik muss für Wachstum sorgen. Wachstum und Wohlstand für alle. Ohne dass wir Natur und Umwelt dabei opfern.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Flughafenausbau, den wir wollen. Der aber nur genehmigt werden darf, wenn es ein Nachtflugverbot gibt. Wir wackeln auch in dieser Frage nicht. Ausbau und Nachtflugverbot gehören zusammen.

Und genau an dieser Stelle macht es einen Unterschied, ob wir über eine sozial moderne oder kalte neoliberale Wirtschaftspolitik reden. Eine sozial moderne Wirtschaftspolitik setzt auf nachhaltiges Wachstum und auf die Entwicklung neuer Technologien. Sie setzt auf Forschung und Technologietransfer von den Universitäten in den Mittelstand das Handwerk.

Sie setzt auf Investitionen der öffentlichen Hand, auf eine Förderung gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen und den Erhalt unserer Sparkassen, die unverzichtbarer Partner des Mittelstandes sind. Hessen braucht keine Hessen-Agentur als Werbeabteilung der Staatskanzlei, sondern Beratung und Förderung kleiner Unternehmen aus einer Hand.

Wir setzen auf gute Arbeitsbedingungen, auf faire Löhne, auf die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, die aber die Arbeitnehmer vor Pleite und Insolvenz schützt. Und wir setzen weiterhin auf die Mitbestimmung. Vor allem aber setzt eine sozialdemokratische Regierung auf Arbeitsplätze und eine gute Ausbildung.

Kein Tarifdiktat im Öffentlichen Dienst

An dieser Stelle wende ich mich an die Beschäftigten des Landes. Für uns gilt immer noch, dass die öffentlichen Arbeitgeber beim Umgang mit ihren Mitarbeitern eine Vorbildfunktion haben. Ein Tarifdiktat, das wir für die freie Wirtschaft ablehnen, kann es auch für die Tarifbeschäftigten des Landes nicht geben.

Roland Koch trägt zu Recht den Titel größter Arbeitsplatzvernichter. Er hat die Rechte der Personalvertretungen und der Frauenbeauftragten gekappt. Er steht wie kein zweiter für eine Politik nach Gutsherrenart.

Auch damit muss Schluss sein. Ich werde in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren. Und die Arbeitszeitverlängerung für Beamtinnen und Beamte wird korrigiert – Schritt für Schritt, aber mit dem klaren Ziel unseren Polizistinnen und Polizisten unseren Lehrerinnen und Lehrern und alle anderen von diesem unfreiwilligen Sonderopfer zu befreien.

Frauenpolitik, die für uns mehr ist als ein Anhängsel an die Familienpolitik, wird bei mir ein Cheffinnen-Thema mit einer Stabsstelle in der Staatskanzlei. Auch hier steht das Land als öffentlicher Arbeitgeber in besonderer Verantwortung.

Neue Energie für Hessen

Ich habe im Sommer drei Wochen für unser Ziel „Neue Energie für Hessen“ eine Sommerreise gemacht. Zusammen mit den Jusos, der AG 60+. Viele von euch aus den Unterbezirken waren dabei.

Diese Reise hat nachdrücklich bestätigt, wie Ziel führend der von uns verfolgte Wechsel zu erneuerbaren Energien ist. Dieses Konzept ist viel mehr als nur Energiepolitik. Es ist Grundlage und Motor für eine wirtschaftliche Erneuerung Hessens.

Wir werden damit die Wertschöpfung in die hessischen Regionen und ihre Kommunen holen und stärken die Kommunen damit. Wir setzen uns damit an die Spitze des technologischen Fortschritts für eine Soziale Moderne. Wir eröffnen der Landwirtschaft neue Einnahmequellen und machen sie mittelfristig unabhängig von Subventionen.

1. Wir schaffen zehntausende neue nachhaltige Arbeitsplätze.
2. Wir bringen dem Mittelstand und dem Handwerk neue Aufträge.
3. Wir geben unserem Land dauerhafte Energiesicherheit.
4. Wir bekämpfen den Klimawandel.

Das ist ökonomisch Zukunft sichernd, ökologisch nachhaltig und es ist sozial.

Es ist mir gelungen, mit Hermann Scheer den dafür internationalen glaubwürdigsten Vorkämpfer für mein Zukunftsteam zu gewinnen. Er ist ein „praktischer Visionär“, wie Johannes Rau sagte und hat er weltweit viele Regierungen beraten. Hermann Scheer steht uns aber nicht nur mit seinem Rat zur Verfügung. Er hat sich bereiterklärt, ein neu geschaffenes Ministerium für Wirtschaft, Umwelt und Energie in einer von mir geführten Landesregierung zu übernehmen und ich danke ihm dafür.

Auf meiner Sommerreise habe ich erlebt, dass viele Menschen schon viel weiter sind als die Politik. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass die rückwärts gewandte Energiepolitik der CDU nur den großen Energiekonzernen dient. Das ist nicht nur ökologisch hoch riskant, sondern volkswirtschaftlich völlig kontraproduktiv.

Statt die umfassende Chance, die uns diese Energiequellen und Technologien eröffnen, zu ergreifen, denunziert sie diese in unsäglich Art und Weise. Damit hat sich Koch auch meilenweit von den Positionen seiner eigenen Partei entfernt. In Sachsen-Anhalt sind bereits 36 Prozent der Stromversorgung aus Windkraft, in Hessen 1,8 Prozent. Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern und die andren Windmühlen.“ Roland Koch leugnet die Gefahren der Atomenergie. Stattdessen will er die Menschen vor Windrädern schützen. Roland Koch als Don Quijote. Er ist der Ritter der traurigen Gestalt, der gegen Windmühlen kämpft.

Wer nach den Störfällen in Krümmel und Brunsbüttel, aber auch im

schwedischen Forsmark, immer noch an dieser museumsreifen Atomkraft-Technologie festhält, hat von der Zukunft nichts verstanden.

Wer über Energie spricht, meint Wasser, Strom, Gas, aber auch Mobilität. Und da sage ich ganz klar: Die öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die Öffentliche Hand und darf nicht privaten Investoren überlassen werden.

Denn öffentliche Unternehmen bedeuten auch Arbeitsplätze. Und Privatisierung heißt Arbeitsplatzabbau. Ich möchte diese Arbeitsplätze erhalten. Auch Kommunen können und müssen Unternehmen wirtschaftlich führen, aber sie müssen eben keine so hohe Rendite herauschlagen wie ein privater Investor. Hier werden wir klare Kante zeigen.

Die Deutsche Bahn, der ÖPNV, die Stadtwerke, aber auch Krankenhäuser sind keine Spekulationsobjekte. Sie gehören den Bürgern und dürfen nicht ohne Not an Konzerne verscherbelt werden. Hier hat Profit auch seine Grenzen.

Innere Sicherheit mit Augenmaß und Professionalität

Wir Sozialdemokraten treten entschieden ein für Innere Sicherheit. Was wir aber jetzt von Franz Josef Jung hören, dem Verteidigungsminister und engsten Schwarzgeld-Freund von Roland Koch, macht fassungslos. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber verboten, Menschenleben gegen Menschenleben aufzurechnen und damit den Abschuss eines Passagierjets ausgeschlossen. Wir erwarten, dass der Bundesverteidigungsminister das respektiert oder Frau Merkel ihm die Papiere aushändigt.

Was Schäuble und Jung machen, ist aber kein Zufall, sondern Strategie. Der eine will Bundeswehreinsätze im Inneren legitimieren. Dazu bleibt es bei unserer bekannten Position: Die Bundeswehr ist keine Ersatzpolizei.

Der andere will seinem hessischen CDU-Landesverband im Wahlkampf helfen und von der miesen Stimmung bei Hessens Polizei ablenken, die unter Personalnot ächzt und stöhnt.

Nicht neue Gesetze schaffen mehr Sicherheit, sondern motivierte, gut ausgestattete und gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten. Polizeiarbeit ist eine Aufgabe für Profis und nicht für Amateure.

Für uns bleibt Innere Sicherheit ein Thema, bei dem es viel Augenmaß braucht. Natürlich muss bestraft werden können, wer sich in einem Terrorlager zum Attentäter ausbilden lässt. Auf der anderen Seite dürfen aber auch die Freiheitsrechte nicht durch unverhältnismäßige Eingriffe eingeschränkt werden. Wir Sozialdemokraten nehmen für uns in Anspruch, dass wir das genau abwägen.

Die Soziale Moderne

Wir Hessischen Sozialdemokraten sind die Partei der **Sozialen Moderne**. Das muss unser Markenzeichen sein. Das bedeutet, wir bauen auf den sozialen Errungenschaften auf, die Generationen von Sozialdemokraten erkämpft haben und entwickeln sie unter veränderten Bedingungen weiter.

Wir nehmen die neuen Gestaltungsanforderungen der Globalisierung an:

- Wir stehen für eine soziale Moderne, die nicht in Gewinner und Verlierer spaltet, sondern den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilt.
- Eine soziale Moderne, die Wissen und Bildung nicht nur für Eliten, sondern für alle ermöglicht und garantiert und zwar vom Kindergarten über die Schule bis zu Ausbildungsplätzen und den Universitäten.
- Für eine soziale Moderne, die Gerechtigkeit als andauernde Aufgabe begreift vom Mindestlohn bis zur Gleichstellung der Geschlechter.
- Für eine soziale Moderne, die die Ressourcen nicht vergeudet, sondern schont. Nicht auf Risikotechnologien, sondern auf Nachhaltigkeit setzt.
- Für eine soziale Moderne, die der großen Tradition der europäischen Aufklärung verpflichtet ist.

Dafür stehe ich. Dafür steht die hessische Sozialdemokratie. Dafür lohnt es sich alle Kräfte einzusetzen.“